

und Religionskritik übertrieben, nun versinke er in Nihilismus und Beliebigkeit und könne dem Erstarken des Islams nichts mehr entgegensetzen. Diese These wird bei Schlegel mit deutlich konservativer Stoßrichtung vorgetragen. Als Gewährsmänner dienen Peter Sloterdijk, der Papst und der Verfasser von „The Clash of Civilizations“, Samuel Huntington. Wenn von „neutralistischer Korrektheit“ oder einer „pazifistischen Gutweltbetrachtung“ die Rede ist, wundert man sich eigentlich, dass Carl Schmitts alte Kritik am liberalen Zeitalter der Neutralisierungen nicht auch auftaucht. Diese Referenzen werden allerdings eher beschwört, dem Leser zugerant, statt argumentativ verarbeitet. Die säkulare und linke Selbstkritik der Aufklärung, für die Namen wie Sigmund Freud, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer oder Jürgen Habermas stehen, kommt ihrerseits mit keinem Wort vor. Stattdessen werden schlecht hegelianische Großdeutungen aufgetischt: Die Menschen im Westen hätten sich selbst in „geradezu frevelhaftem Ausmaß“ überschätzt, während der „Weltgeist“ nun im Islam wohne, um von dort „ins geistliche [sic] Vakuum“ des Westens zurückzustoßen (S. 115 und 126).

Suggestive Formulierungen kaschieren dabei den Mangel an argumentativer Präzision und Substanz. Im Vorbeigehen werden Zeugnisse verteilt und herablassende Urteile gefällt. Die feministische Gruppe „Pussy Riot“ und ihre Unterstützerinnen aus den Reihen des westlichen Linksliberalismus werden belehrt, dass die Kanzel einer Moskauer Kathedrale ein heiliger Ort sei und daher zurecht ins Arbeitslager verbracht werde, wer sie entweihe. Statt den vermeintlichen Menschenrechten eines „entgöttlichten Mainstream[s]“, die in Schlegels Augen in Wahrheit „kaum etwas mit Recht zu tun“ haben, möchte er nämlich lieber die „Menschenrechte des religiösen Menschen“ schützen (S. 107). Welche Rechte das sein sollen und wie sie sich zu den Rechten der Ungläubigen verhalten: Wir erfahren es nicht. Schwer erträglich wird diese Überheblichkeit, wenn noch das islamistische Massaker an der Redaktion von Charlie Hebdo in Paris als eine in der Sache verständliche Reaktion auf den westlichen „Exzess“ des „totalen Freisinn und totalen Nihilismus“ exkulpiert wird (S. 109). Im Kern geht es Schlegel aber gar nicht um den Islam. Eine ernsthafte theologische, historische oder sozialpsychologische Beschäftigung mit dem islamischen Fundamentalismus findet sich denn auch an keiner Stelle. Gäbe

es ein Literaturverzeichnis, würde man Autoren wie Gilles Kepel oder Olivier Roy, die sich seit Jahrzehnten mit der Transformation des Islams beschäftigen und sich in Frankreich derzeit eine hitzige Forschungskontroverse über die Einordnung des religiösen Terrorismus liefern, vergeblich suchen. Letztlich interessiert das komplexe Phänomen des Islams in der Moderne den Autor nicht besonders. Es bleibt bloße Projektionsfläche für die eigene Gegenwartskritik: Schlegel bewundert ‚den‘ Islam für seine Vitalität und innere Kraft, noch lieber wäre ihm aber eine neue „kulturelle, geistige Wehrhaftigkeit“ (S. 176) des christlichen Abendlandes.

Auch über Terrorismus und Gewalt erfahren wir nur wenig. Zwar trägt das Buch den ‚Terror‘ im Titel. Doch dessen Interpretation erschöpft sich in kurzen Hinweisen auf Jean Baudrillards poststrukturalistisch überspannte These vom Terror als einem ‚reinen Ereignis‘, das die Selbstzerstörung ‚des Systems‘ in Gang setze. So ist auch die terroristische Gewaltdynamik für Schlegel nur ein Anlass, vom selbstverschuldeten Niedergang des Säkularismus zu raunen, aber nichts, das eine ernsthafte, eigenständige Analyse verlangen würde.

Seien wir fair: Kann man, abseits gängiger wissenschaftlicher Maßstäbe wie dem, den Forschungsstand zu seinem Thema zu kennen, diesem Buch nicht doch etwas Positives abgewinnen? Etwa, wenn man es als zugespitzte, essayistische Intervention gegen eine instrumentell verflachte Aufklärung gelten lässt? Vielleicht wird der eine oder andere Leser das so sehen können. Der Rezensent vermag es nicht. Eine gute, geistreiche Polemik ist oft anregend. Aber dieses Sammelsurium bietet leider über weite Strecken nur schlechte.

Trier

Michel Dormal

Aspekte postdemokratischer Begründungen

Unterthurner, Gerhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen, 210 S., Nomos, Baden-Baden 2016.

Die in diesem Sammelband vereinigten Beiträge thematisieren die postdemokratische Debatte, die sich im Anschluss an die Beiträge von Colin Crouch entsponnen hat. Neben dem thematisch

einführenden Vorwort der Herausgeber Gerhard Unterthurner und Andreas Hetzel fokussieren weitere acht Kapitel das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Marc Rölli thematisiert die Kritik an der Demokratie im Rückgriff auf die Mikropolitik von Gilles Deleuze. Lea Klasen und Liza Mattutat nähern sich dem Thema Postdemokratie durch eine tief-schürfende Analyse der Schriften von Jacques Rancière an, wödingegen Oliver Marchart die „leere Nacht des Sozialismus“ mit postdemokratischen Debatten verbindet. Andreas Oberprantacher skizziert Formen des Aufbegehrens unter postdemokratischen Zuständen, Alice Pechriggl skizziert die Notwendigkeiten revolutionärer Umbrüche oder – wie sie präferiert – schrittweiser Reformen zur Stärkung des Volkes gegenüber oligarchischen Eliten. Hakan Gürses dekliniert die Aufgaben und Möglichkeiten einer politischen Bildung unter postdemokratischen Vorzeichen durch. Cornelia Bruell argumentiert aus einer psychoanalytischen Perspektive im Rückgriff auf Jacques Lacan sowie Ernesto Laclau und plädiert für eine verstärkte Berücksichtigung emotionaler Kategorien in der postdemokratischen Debatte; konkret plädiert sie für die Notwendigkeit von Freundschaft jenseits marktgetriebener Imperative. Im Rückgriff auf Jeremy Bentham sowie Jean-Jacques Rousseau thematisiert Felix Trautmann die scheinbare Transparenz der Postdemokratie und deren symbolhafte Verankerung. Andreas Hetzel legt schließlich erneut die Rolle der Leidenschaften in der Postdemokratie dar. Sein ideengeschichtlich breit angelegter Beitrag mündet mit Spinoza in die den gesamten Sammelband abschließenden These, dass eine „Politik gänzlich ohne Leidenschaften [...] undenkbar [wäre], eine Demokratie ohne Leidenschaften [...] eine Postdemokratie [wäre]“ (S. 207).

Die Auflistung der Beiträge verdeutlicht, dass die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes zwar scheinbar auf die postdemokratische These von Colin Crouch hin ausgerichtet sind, gleichwohl argumentieren sie aus einer „postfundamentalistischen“ Position heraus. So umschreibt zumindest Oliver Marchart die philosophische Position des ontologischen Zweifels an belastbaren Gründen einer normativ verpflichtenden Theorie der Demokratie. Mit diesem Ansatz rücken die Autorinnen und Autoren weit ab von der postdemokratischen These Crouchs, der aufbauend auf empirischen Betrachtungen demokratiethoretische Reflexionen anstellte, ohne sich weitergehende ontologische Fragen zu stellen.

Insofern überrascht es wenig, dass ein fruchtbarer Diskurs zwischen Crouch und den Autorinnen und Autoren des Sammelbandes kaum gelingen mag.

Es ist bezeichnend, dass ein eigentliches Fazit dieses Sammelbandes fehlt; auch das Vorwort von Hetzel und Unterthurner, das die postdemokratische Debatte ausbreitet und in dem die weite Fragestellung des Sammelbandes präsentiert wird, lässt die Konklusionen der Beiträge in einer eigentümlichen Schwebel. Wenn es tatsächlich Ziel des Sammelbandes – in den Worten von Hetzel und Unterthurner – wäre, „die von Crouch angestoßene politikwissenschaftliche und politische Debatte mit radikaldemokratischen Positionen [...] ins Gespräch zu bringen, um so Stärken und Schwächen der Diagnose Crouchs in den Blick zu bekommen und zu diskutieren“ (S. 15), dann leidet die Konzeption des Sammelbandes an einer nicht stringenten Hinführung aller Beiträge auf die zentralen Thesen von Colin Crouch und einer fehlenden expliziten Thematisierung der jeweils höchst unterschiedlichen theoretischen beziehungsweise philosophischen Verankerungen. Aus dieser Perspektive enttäuscht der vorliegende Sammelband.

Gleichwohl bieten die unterschiedlichen Beiträge interessante Einblicke in die Begründungsmuster einer postfundamentalistisch radikalen Kritik der Demokratie, die auf die Begriffe Emanzipation, Aktion und Emotion zu bringen wären. Durch alle Beiträge zieht sich ein roter Faden, der die – in der Tradition der Psychoanalyse verhafteten – Blicke auf den Demos der Demokratie richtet. Das Volk sei kaum mehr als homogen zu bezeichnen, der (Neo-)Liberalismus habe das Gemeinschaftliche ausgezehrt, der „Anteil der Anteillosen“ (Rancière) sei ein Faktum der Gesellschafts- und Demokratieanalyse. Wer sich solchen theoretischen Debatten zuwenden möchte, dem sei der vorliegende Sammelband aufgrund seiner facettenreichen Perspektiven sowie seiner anregenden theoretischen Konklusionen ans Herz gelegt.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes argumentieren, dass die zeitgenössische Auszehrung etablierter Demokratien dazu neige, „das Politische“ zu verleugnen. Aber es ist schade, dass sich keiner der Beiträge kritisch damit auseinandersetzt, ob eine solche ontologisch versierte Herangehensweise mit guten Gründen in eine Begründung des Aufbegehrens münden müsse. Kurz: Gegenteilige Positionen und Argumente werden kaum erörtert.

Vor diesem Hintergrund ist der Beitrag von Cornelia Bruell illustrierend. Die Autorin plädiert für eine Politik der Freundschaft. Darunter versteht sie eine Politik, in der die Freundschaft „die einzige Sicherheit“ in kontingenten Diskursen sei (S. 152) und sich dadurch ein Raum eröffne, in dem „jene zum Sprechen gebracht werden können, die bisher stumm bleiben mussten“ (ebd.). Es müsste zur Konkretisierung dieser These kritisch geprüft werden, ob beziehungsweise unter welchen hinlänglich realistischen Bedingungen eine Universalisierung der Freundschaft ermöglicht werden könnte. Cornelia Bruell führt selber aus, dass Freundschaft „in Zahl und Umfang beschränkt“ sei, ihr „Wesen allerdings bleibt quasi-universell“ (S. 149). An dieser Stelle wären weitere Konkretisierungen notwendig, um dem Leser zu verdeutlichen, wie Freundschaft über territoriale, ethische, kulturelle oder sonstige Grenzen zu universalisieren sei. Wer heute die Politik in Europa betrachtet, sehnt sich nach solchen Konkretisierungen, zeugt doch die reale Welt von eher unfreundschaftlichen Zuspitzungen demokratischer Politik.

Konstanz

Sven Jochem

Die Linke in der Kontingenzfalle

Süß, Rahel Sophia: Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, 183 S., Turia + Kant, Wien/Berlin 2015.

Die Linke ist gegenwärtig in keiner komfortablen Lage. Hat sich die Sozialdemokratie in den 1990er Jahren im Zeichen der „Neuen Mitte“ von ihrem Markenkern abgewandt, so vermag heute kein linker Akteur angesichts des krachenden Scheiterns des Neoliberalismus das politische Geschehen erkennbar zu beeinflussen. Vielmehr triumphieren überall auf dem Kontinent die Rechtspopulisten. Ihre Antwort auf die Krise ist ein Zurück, mindestens hinter die Veränderungen der westlichen Gesellschaften seit 1968.

Vor diesem Hintergrund ist Rahel Sophia Süß' Frage nach den Bedingungen von Emanzipation von bedrückender Aktualität. Sie untersucht die Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit, die „auf einen tiefgreifenden und dauerhaften Wandel bestehender Ordnungssysteme“ (S. 16) gerichtet ist. Dies beinhaltet unweigerlich die Analyse des Scheiterns: Warum schöpfen kritische

Akteur_innen ihre emanzipatorischen Potenziale nicht immer aus? Woran liegt es, dass sie immer wieder sogar Machtverhältnisse reproduzieren?

Süß behandelt diese Fragen, indem sie ausgewählte Theoretiker vergleichend diskutiert. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sind dabei heute sicherlich die naheliegenden Referenzen. Mit Antonio Gramsci wurde zudem jener Theoretiker behandelt, der wesentliche Inspiration für Laclau und Mouffe war. Weniger präsent dürfte vielen Leser_innen hingegen die Kritische Psychologie Klaus Holzkamps sein. Gerade deshalb profitiert die Diskussion von Süß vom Rekurs auf diesen Autor.

Die Diskussion ist nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit einer überkommenen linken Tradition: Es gibt, so Süß, keine Gewissheit über die und nicht den einen gradlinigen Weg zu der emanzipierten Gesellschaft. Emanzipation ist nicht das Ergebnis einer letzten großen Revolution. Auch bringt die Geschichte nicht unweigerlich das eine (ökonomisch bestimmte) Kollektivsubjekt hervor, das die Menschheit zu ihrer Bestimmung führt. Keine Großtheorie und keine Avantgarde mehr. Emanzipation muss sich stattdessen an vielen Orten, im Alltag, in konkreten Projekten verwirklichen und verstetigen. Sie ist ein Experiment: Sie ist nie abgeschlossen und es gibt keine Garantie gegen einen Backlash. Es müssen Allianzen mit fluiden Identitäten zwischen verschiedenen Partikularinteressen geschmiedet werden, um Angst und Resignation zu überwinden und um einem Rückfall entgegenzuwirken. Schließlich müssen die kritischen Akteur_innen ihre eigene Praxis permanent selbst hinterfragen: Unreflektierte Selbstgewissheit begünstigt neue Ausschlüsse, Emanzipation verkommt dann zu neuer Repression.

Diese Einschätzung spiegelt in etwa auch das Selbstverständnis kritischer Akteur_innen im Stile von *occupy wider*. Es liegt in erster Linie an der Wahl der theoretischen Prämissen, dass die Diskussion kaum darüber hinausweist. Süß' Ausführungen bewegen sich im Fahrwasser eines emphatischen Begriffs der Politischen, wie ihn im deutschsprachigen Raum vor allem Oliver Marchart populär gemacht hat. Das Politische soll hier etwas Fundamentaleres bezeichnen als die institutionalisierte Politik und die etablierten Akteur_innen. Egal wie unverrückbar ein Status quo auch erscheinen mag, jede Ordnung ist demnach nur das kontingente Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie und deshalb auch anders möglich. Soweit so gut.